

C02-Zertifikatekosten: Wirkungsloser kann Klimak(r)ampf nicht betrieben werden, doch alle Altparteien plädieren dafür

Die Rede im Bundestag

Für die folgende Argumentation bot es sich an, auf die Rede der AfD im Bundestag anlässlich der Tagesordnung: [15] Bundestag:

Zusatztagesordnungspunkt 2: Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Klimaschutz umsetzen – Haltung der Bundesregierung zu einer C02-Abgabe, aufzusetzen.

Sie bietet einen Gegensatz zur geschlossenen Darstellung unserer Altparteien, welche sich einig sind, dass der angebliche, „menschengemachte Klimawandel“ in Deutschland als festgefügttes Dogma zu gelten hat und auf gar keinen Fall diskutiert oder gar in Frage gestellt werden darf [11]. Unsere neue Umweltministerin besetzt dabei nahtlos den Platz ihrer Vorgängerin mit vergleichbarer, fachlicher Inkompetenz und führt deren vorwiegend hysterisch begründete „Klimapolitik“ im gewohnten Stil weiter.

Nur diese eine Partei im Bundestag wagt es, diese politische „Einvernehmlichkeit“ des Hohen Hauses in Berlin zu ignorieren.

Ist C02 nun ein Pflanzendünger?

Laut Tagesordnung geht es um die C02-Abgabe. Herr Karsten Hilse (AfD) „erdreistete“ sich dazu – entgegen den bisherigen Gepflogenheiten – über Begründungen zu diskutieren, was erkennbaren Unmut der Altparteien zur Folge hatte. So fing er bei seiner Rede an, über den Nutzen von C02 zu referieren: Herr Karsten Hilse: [1] ... *Nebenbei: C0 ist gleichzeitig der Pflanzendünger schlechthin ...*

Eine Fachperson der „Altparteien“ erwiderte darauf sofort mittels Zwischenruf: *Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Nur für C4-Pflanzen!* Dieser Einwurf verwundert und leider hat sich Frau Dr. Tackmann dabei eindeutig vertan. C02 ist sehr wohl – wie Herr Karsten Hilse richtig sagte – Dünger für C3-Pflanzen.

WIKIPEDIA: ... *Das in der natürlichen Umgebungsluft enthaltene C02 liegt mit einem Anteil von derzeit ca. 400 Teile pro Million (Parts per Million = ppm) unterhalb des für C3-Pflanzen wie Weizen, Roggen oder Reis zum Wachstum optimalen Anteils von ca. 800 bis 1000 ppm. Wird den Pflanzen zusätzliches Kohlenstoffdioxid zur Verfügung gestellt, können die Pflanzen besser beziehungsweise schneller wachsen. Bei den C4-Pflanzen, zu denen unter anderem Mais, Zuckerrohr und Hirse gehören, liegt die Sättigungsgrenze knapp oberhalb von 400 ppm, sodass eine C02-Düngung bei diesen Pflanzenarten nicht erforderlich ist.*

So etwas muss man nachsehen. Herr Karsten Hilse konnte seine Rede

vorbereiten, die Fachperson wollte spontan im Hohen Haus ihre größere Kompetenz kundtun. Da können Verwechslungen passieren. Nicht ganz verständlich bleibt allerdings, warum die Fachperson dann noch nachlegen musste, um sich erneut zu blamieren.

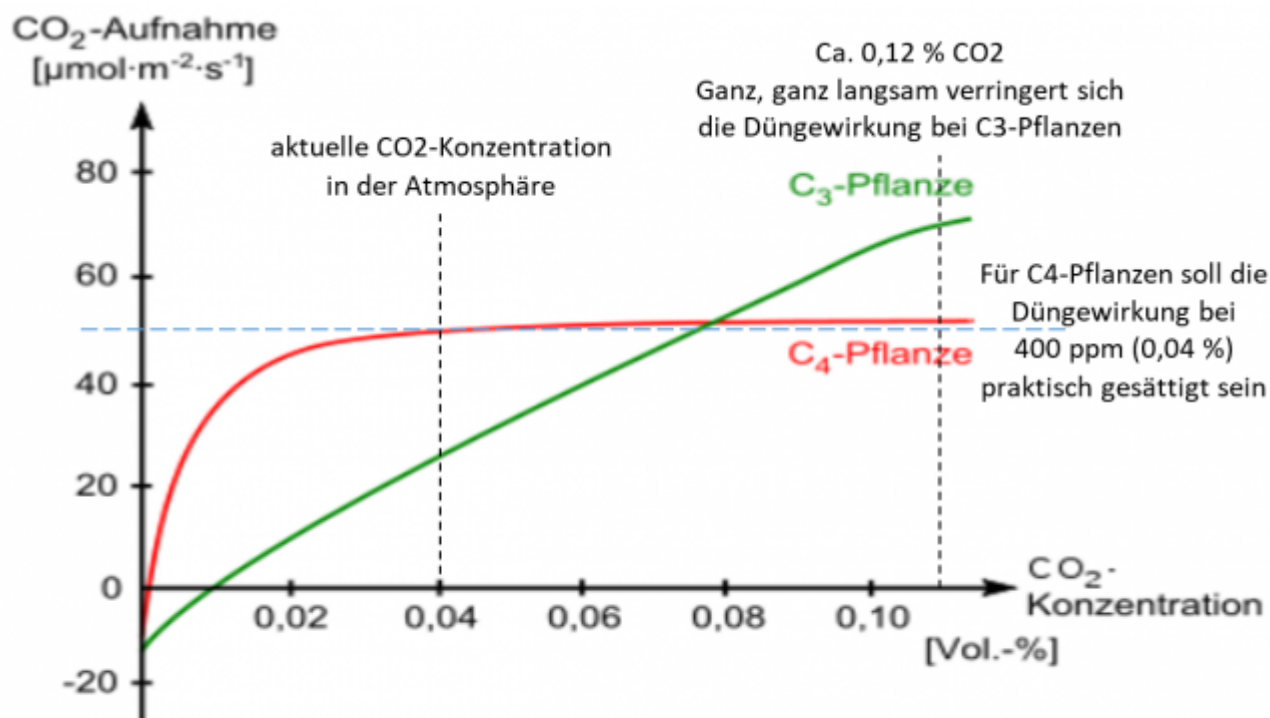
Herr Karsten Hilse sagte weiter: [1] ... *Die gesamte Biomasse der Erde besteht aus dem „C“ des CO₂. Das ist auch die einzig reale, echt nachgewiesene Wirkung dieses sonst so harmlosen Stoffes. In Gewächshäusern werden die CO₂-Konzentrationen erhöht. Je nach Sorte und Jahreszeit werden da Konzentrationen zwischen 0,06 und 0,12 Prozent, also ein Vielfaches des natürlichen Wertes, als ideal angesehen.*

Worauf die Fachperson wieder mittels Zwischenruf erwiderte: Dr . Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: So ist das mit dem Halbwissen!)

Wieder verwundert dieser Einwurf. Wer der „Eigner“ des Halbwissens ist, sei kurz dargestellt.

Die folgende Grafik (Bild 1) zeigt die Düngewirkung des CO₂ auf die zwei Pflanzen-Haupttypen der Erde.

Eine CO₂-Konzentration von 0,06 ... 0,12 % hat demnach eine fast lineare Auswirkung auf die C₃-Pflanzen.



Abhängigkeit der Photosyntheserate von der CO₂-Menge in der Luft bei C₃- und C₄-Pflanzen.

Bild 1 CO₂-Düngewirkung bei C₃ und C₄-Pflanzen. Grafik vom Autor ergänzt. Quelle: [WIKIPEDIA Kohlenstoffdioxid-Düngung](#)

Bei HORTIPENDIUM, immerhin gefördert durch das Bundesministerium für Verbraucherschutz und Landwirtschaft, kann man nachlesen, wie in Gewächshäusern mit CO₂ gedüngt werden soll: [CO₂-Düngung](#)

... *Der normale CO₂-Gehalt der Luft von 320 bis 360 vpm CO₂ stellt für viele Pflanzen keinen optimalen Wert für die Photosynthese dar. Als für die Pflanzen optimale Werte werden CO₂-Konzentrationen zwischen 600 bis 1600 vpm CO₂ angegeben ... Zu hohe CO₂-Konzentrationen hingegen rufen Pflanzenschäden*

hervor, so dass bei der Einspeisung von CO₂ darauf zu achten ist, dass keine zu hohen Konzentrationen erreicht werden. Begrenzt wird die maximal einstellbare CO₂-Konzentration auch durch die maximale Konzentration am Arbeitsplatz, die zum Schutz der Arbeitskräfte eingehalten werden muss. Diese liegt bei 5000 vpm CO₂

Ergänzend die Information, welchen Anteil die vom CO₂ profitierenden C3-Pflanzen auf dem Globus haben:

Bildungsserver Hamburg: ... Bei C3-Pflanzen, zu denen **90 % der Landpflanzen** der Erde gehören ...

Fazit

Der Autor kann keinerlei Fehler in den Ausführungen von Herrn Karsten Hilse zur CO₂-Düngung finden. Er sieht deshalb das „Halbwissen“ eindeutig bei Frau Dr. Tackmann.

Wer dazu meint, die Düngewirkung des CO₂ wäre längst gut erforscht, liegt falsch. Einmal ist sie noch gar nicht so lange bekannt und die Datenangaben dazu schwanken sehr stark.

Zum Beispiel messen manche Forscher auch für C4-Pflanzen (Mais, Hirse) eine zu weit höheren Konzentrationen (550 – 700 ppm) als in Bild 1 dargestellt, reichende Düngewirkung. Es würde den Nutzen des CO₂ damit noch weiter verstärken.

Ertragsänderung durch erhöhte CO ₂ -Konzentrationen in %				
Pflanze	Bereich	Mittelwert Kammerversuche	Mittelwert FACE	Zahl der Studien
Weizen	- 20 bis + 80	+ 10	+ 7	50
Soja	- 20 bis + 100	+ 24	+ 15	58
Reis	+ 4 bis + 71	+ 15	+ 12	6
Mais	- 35 bis + 93	+ 29	~ 0	57
Hirse	- 4 bis + 31	+ 31	+ 6	2

Bild 2 [3] Zusammenstellung von Ergebnisbeispielen zu relativen Änderungen im Kornertrag wichtiger Kulturpflanzen unter erhöhten CO₂-Konzentrationen (ca. 550-700 ppm) im Vergleich zum Ertrag bei heutigen CO₂-Konzentrationen (370-385 ppm) ermittelt unter verschiedenen Versuchsbedingungen.

Der Versuch, mit CO₂-Reduzierung die Erdtemperatur verringern zu wollen ...

...ist wohl der größte Unsinn, welcher der Menschheit je als eine Lösung einfiel. Beziehungsweise es ist nicht wirkungsvoller, als gegen eine Flut an der Nordsee, die Kirchtürme in Rom höher zu bauen (was im übertragenen Sinn nicht selten durchgeführt wurde).

Als Beispiel eine Sichtung und Bewertung der Klimaschutzmaßnahmen von Nordrhein-Westfalen [4], dem Bundesland, in dem unsere Umweltministerin ihre „Umweltlehre“ gemacht hat.

NRW hat im Jahr 2012 ein Äquivalent von 300 Mio t CO₂ emittiert ([5], Abbildung 3). Bis zum Jahr 2050 soll diese Emission weiter von (aktuell ca.

80 %) auf 20 % reduziert werden.

Entwicklung der jährlichen CO₂-Emissionen bis 2050

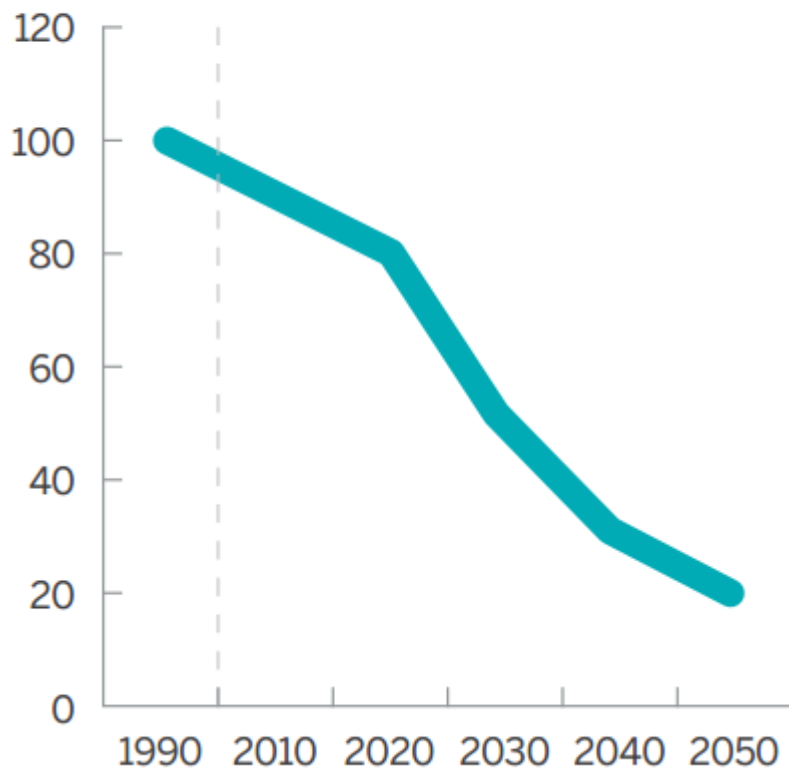


Bild 3 NRW Planung zur CO₂-Reduzierung bis zum Jahr 2050. Quelle: [5] NRW Klimaschutzplan

Wie sich diese Maßnahme des Bundeslandes NRW auf das Klima auswirkt, zeigt die folgende Tabelle. Die Temperaturdifferenz ist der jährliche Reduktionswert ab dem Jahr 2050:

	IPCC-Forcing (3 K/CO ₂ -Verdopplung)	Realistisches Forcing (1 K/CO ₂ -Verdopplung)
Forcingwert:	3	1
CO ₂ Startwert:	400 ppm	400 ppm
Millionen t CO ₂ :	225 Mt	225 Mt
CO ₂ Endwert:	399,9712 ppm	399,9712 ppm
Temperaturdifferenz:	0,000312 °C (K)/pa ab 2050	0,000104 °C (K)/pa ab 2050
Zertifikatekosten (40 EUR/t):	9 Milliarden EUR/pa	9 Milliarden EUR/pa
Zertifikatekosten (80 EUR/t): (Wunsch der GRÜNEN)	18 Milliarden EUR/pa	18 Milliarden EUR/pa

Bild 4 Wirkung und Kosten der NRW-CO₂-Reduktionsmaßnahmen auf die Welttemperatur ab dem Jahr 2050. Tabelle vom Autor erstellt

Das Bundesland hat mit seiner Emissionsminderung keinerlei auch nur im Entferntesten messbaren, oder gar spürbaren Einfluss auf das Klima, wie es im NRW Klimaschutzplan jedoch behauptet wird. Dort wird wirklich suggeriert, diese homöopathische Temperaturverringerung hätte Einfluss auf „Stürme, Starkregen, oder extreme Hitzewellen“:

NRW Klimaschutzplan: [5] ... *Neben den Strategien und Maßnahmen zum Klimaschutz zeigt der Klimaschutzplan auf, wie sich Nordrhein-Westfalen vorausschauend auf Folgen des nicht mehr abwendbaren Klimawandels vorbereiten kann ...*

... *Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass Extremwetterereignisse wie Stürme, Starkregen oder extreme Hitzewellen durch den Klimawandel in ihrer Häufigkeit und Intensität weiter zunehmen werden ... Entsprechend ist die im NRW-Klimaschutzplan vorgegebene CO₂-Reduzierung zu betrachten ...*

Sofern NRW die Reduzierung allerdings nicht wie erhofft „schafft“, müsste es alternativ in Zukunft 9 Milliarden EUR, nach Wunsch der GRÜNEN 18 Milliarden EUR an „CO₂-Straf-Gebühren“ bezahlen.

Trotzdem ist sich die Politik einig, dass es diesen „Wert“ hat, wenn dadurch die Temperatur in NRW um eventuelle 0,0001 °C jährlich ab dem Jahr 2050 verringert werden kann.

Die GRÜNEN, nie darum verlegen, jeden Unsinn zu toppen, sind überzeugt, dass diese 0,0001 °C das Doppelte, also 18 Milliarden EUR Klimaschaden „wert“ wären. Denn sie fordern 80 EUR/t Abgabe [15].

Ganz reicht das noch nicht. Diese Reduzierung ist regelmäßig zu wiederholen, denn CO₂ hat nur eine begrenzte Verweildauer in der Atmosphäre. Leider weiß man nicht, wie lange diese ist und so schwanken die Angaben zwischen sage und schreibe:

[6]: 1000 Jahren (IPCC), 120 Jahre (Umweltbundesamt), 100 Jahre (Mojib Latif), 4 Jahre (H. Harde, Uni Hamburg).

Wissen stellt man sich wohl anders vor, vor allem wenn für dieses Nichtwissen so viel Geld ausgegeben wird.

CO₂ Verringerung gesamt-Deutschland

Deutschland hat mit seiner gesamten! CO₂-Emission einen realistischen Temperatureinfluss von 0,000516 °C/pa

Was es Deutschland äquivalent kostet, diese Temperaturerhöhung zu „verhindern“, oder zu reduzieren, zeigen die folgenden Tabellen. Dabei wieder beachten: Diese Kosten entstehen jedes Jahr neu!

Deutschland gesamt	Emission jährlich	Temperatureinfluss pa (Forcing 1 K/CO ₂ -Verdopplung)
Emission 2015 (UBA):	902 Mio. t CO ₂	0,000516 °C
Zertifikatekosten (40 EUR/t):	26 Milliarden EUR/pa	
Zertifikatekosten (80 EUR/t):	52 Milliarden EUR/pa	Wunsch der GRÜNEN

Bild 5 Wirkung und Zertifikatekosten für Deutschland. Tabelle vom Autor erstellt

Deutschland Kohlekraftwerke	Emission jährlich	Temperatureinfluss pa (Forcing 1 K/CO ₂ -Verdopplung)
Kohlekraftwerke Emission:	Ca. 300 Mio. t CO ₂	0,00014 °C
Zertifikatekosten (40 EUR/t):	12 Milliarden EUR/pa	
Zertifikatekosten (80 EUR/t):	24 Milliarden EUR/pa	Wunsch der GRÜNEN

Bild 6 Wirkung und Zertifikatekosten von Deutschlands Kohlekraftwerken.
Tabelle vom Autor erstellt

Nehme man an, Deutschland müsste die Temperatur sofort um 1°C verringern, oder die CO₁-Strafgebühr für eine solche Erhöhung bezahlen, kämen die folgenden Summen zusammen:

	Reduktionskosten	Temperatureinfluss (Forcing 1 K/CO ₂ -Verdopplung)
Zertifikatekosten (40 EUR/t)	125.000 Milliarden EUR	1 °C
Zertifikatekosten (80 EUR/t)	250.000 Milliarden EUR	1 °C

Bild 7 Kosten der CO₂-Emission, um die „Welttemperatur“ um ein Grad Celsius zu verringern. Grafik vom Autor erstellt

Irgendjemand bekommt diese Zertifikategelder. Bei den Summen ist sofort erklärt, warum weltweit alle Politiker und Gremien (auch die Banken, welche es verwalten dürfen) geradezu gierig auf eine schnelle Umsetzung (vor allem in Deutschland als Nettozahler) sind.

Ein wirkliches Problem ist nicht eine Klimaerwärmung, sondern wäre der Wärmeinseleffekt

Falls eine höhere Temperatur in Deutschland ein Problem darstellen würde – was es definitiv in keinem messbaren Fall ist -, müsste zuerst der städtische Wärmeinseleffekt angegangen werden.

Während die leichte Temperaturerhöhung Deutschlands seit der vergangenen Kaltzeit in der Natur ausschließlich positive Effekte erzeugte [4] – und nicht einen nachweisbar negativen (wenn man von der Verringerung von Schnee und weniger Gletscher für die Touristen absieht), blieben nur die angeblich schlimmen durch Wärme für Personen übrig. Doch der wirkliche – dafür das Klima um Dimensionen übertreffende – Treiber ist der urbane Wärmeinseleffekt. Und der ist gewaltig.

Seit dem Jahr 1880 hat sich die Temperatur in NRW um 1,4 K erhöht [12] und zeigt angeblich schlimme Auswirkungen:

[12] ... *Das hat Folgen: ... und insbesondere in den Städten und Ballungsräumen steigt im Sommer die Hitzebelastung für die Bevölkerung ...*

Während über +1,4 °C – startend von einer schlimmen Kaltzeit – während der letzten 140 Jahre (laut IPCC davon nur die Hälfte vom Menschen verursacht) der „Klimauntergang“ ausgerufen wird, scheint es problemlos zu sein, wenn Städte + 4 ... + 10 °C Wärmeinseleffekt erreichen. Das gilt nicht nur für NRW, für Nürnberg werden zum Beispiel ebenfalls 7 ... 8 Grad genannt, für München

auch bis zu 10 Grad.

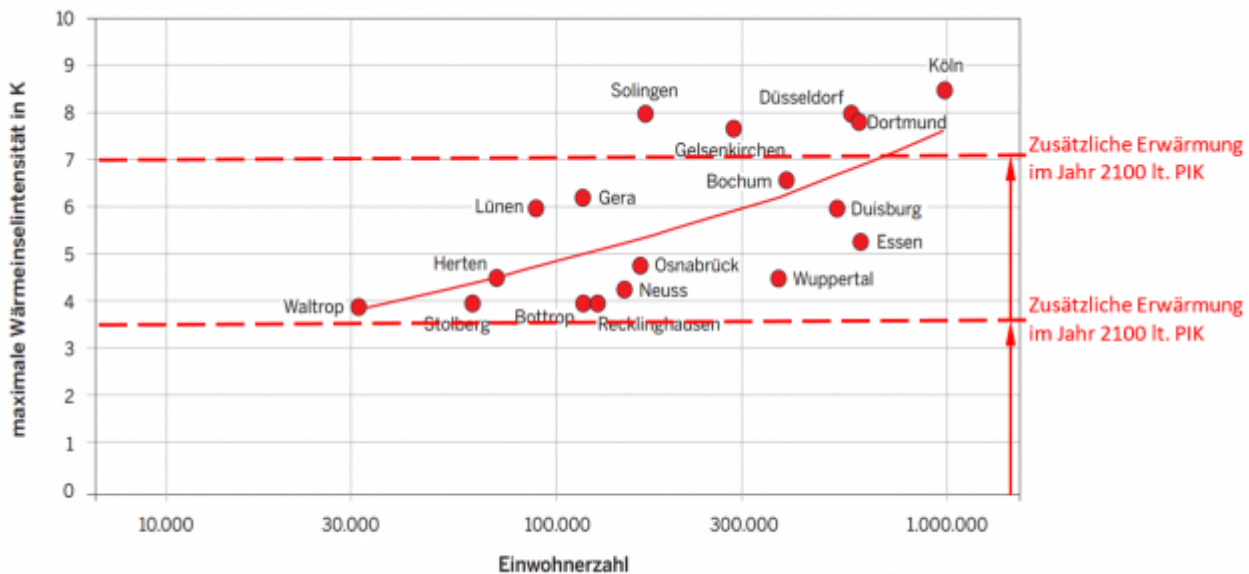


Abbildung 32: Maximale Wärmeintensitäten in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl für ausgewählte Städte überwiegend aus NRW (KUTTLER 2011)

Bild 8 [12] Quantifizierte Wärmeinseleffekte von Großstädten in NRW.

Bild vom Autor ergänzt

Auch der Unterschied in den Auswirkungen ist gewaltig:

- Während am Stadtrand von Köln 2012 nur fünf heiße Tage auftraten, waren es in der Innenstadt drei Mal so viel,

- die Anzahl Tropennächte war 2012 im Umland Null und in Köln Neun:

[12] ... Darüber hinaus lässt sich nachweisen, dass nicht nur die höheren mittleren Temperaturen, sondern auch die Anzahl der warmen Temperaturkentage von den dicht bebauten, versiegelten Innenstadtbereichen hin zu den unversiegelten Flächen im Umland abnehmen. Die Messungen in Köln haben für 2012 ergeben, dass an drei Innenstadtstationen bis zu 16 Heiße Tage erreicht wurden, wohingegen an einer Peripherie-Station lediglich fünf Heiße Tage auftraten (Abbildung 33). Die Tropennächte zeigen ein ähnliches Bild: Während 2012 im Umland keine Tropennacht zu verzeichnen war, wurden bis zu neun Tropennächte in der Innenstadt registriert (Abbildung 34).

[19] .. Durch Hitzestau sind die dicht besiedelten Metropolen heftiger betroffen als das Land. „In den Städten kühlt es nachts deutlich weniger ab“, sagt Guido Halbig, Leiter der beim Deutschen Wetterdienst (DWD) in Essen. „Am Ende einer Tropennacht ist es in den Innenstädten schon heute bis zu zehn Grad wärmer als im Umland.“ Städte werden Hitze-Inseln.

Das PIK hat für NRW bis zum Jahr 2100 eine Temperaturerhöhung um ca. 3,5 Grad simuliert (Bild 13). Damit hat Köln heute zeitweise bereits eine Temperatur, welche deutlich über der vom PIK simulierten des Jahres 2.200 liegt. Beginnen mit den Kleinstädten ab 30.000 Einwohnern haben alle schon das simulierte Temperaturniveau des Jahres 2.100 erreicht.

Durch CO2-Reduzierung ist es vollkommen unmöglich, auch nur einen Stadtbewohner*in vor der „Selbstverbrennung“ zu retten

Hätten die Verantwortlichen von NRW auch nur ein minimales Interesse daran, ihre Bürger wirklich vor Temperaturerhöhungen zu retten, müssten sie dort beginnen, wo wirkliche Gefahr herrschen könnte. Wenn auf den Klimagipfeln um

weitere 0,5 Grad Erhöhung in 100 Jahren gefeilscht wird, sind die 4 – 10 Grad Wärmeinseleffekt in NRW Städten bereits als tödlich zu betrachten und müssten sofort verringert werden.

Eine ganz grobe Abschätzung ergibt, dass von den 17,84 Millionen Einwohnern NRW 5,6 Millionen in Städten leben ([16] WIKIPEDIA). Es sind also über 30 % der Einwohner direkt von „tödlichen“ Wärmeinseleffekten betroffen.

Nur ist eine wirksame Stadtklima-Verbesserung über CO₂ Reduzierung niemals möglich – und wäre monetär auch der Untergang für Staat und Kommunen:

-Einmal rein mathematisch: Wenn eine Reduzierung auf 20 % (von ehemals Hundert) die Temperatur um 0,0001 °C/pa verringert, bringen die restlichen 20 % auch nichts mehr. Man kann nun natürlich negatives Budget andenken – wie es eifrige Forscher für viel, viel Geld auch demonstrieren [14] -, doch muss man dieses Geld auf das zur Verringerung bezahlte noch oben drauf packen.

-Und auch nicht monetär: Wenn NRW sein CO₂ Minderungsbudget übererfüllen würde und nur noch 0 emittiert, hat es dafür 12 Milliarden EUR CO₂-Preisäquivalent ausgegeben. Mit dem Erfolg einer Reduzierung um 0,00012 °C/pa.

Nun nähme man an, alle Staaten der Welt finden sich zusammen und versuchen, die Welttemperatur in einer gemeinsamen Aktion mittels CO₂-Zertifikaten um 1 °C zu reduzieren. Dazu müssten sie die in Tabelle 7 gelisteten, 125.000 Milliarden EUR (250.000 Milliarden EUR) ausgeben.

Damit hätten diese die Temperatur in NRW um das besagte, eine Grad Celsius reduziert. Doch bereits eine Urbanisation mit 30.000 Einwohnern erwärmt sich um vier Grad. Selbst für diese Summe ist also nicht einmal eine Kleinstadt „gerettet“. Man müsste sie dazu Vervierfachen. An große Städte darf man dabei gar nicht denken. Und das dürfte weltweit gelten.

Nun geht es nicht nur um die Stadtbewohner. wie äußert sich die „Klimarettung auf dem Land?

Die Temperaturdifferenz der Tagesmaximas eines Datums beträgt in Deutschland typisch 30 °C. Zum Beispiel betrug die Temperatur am 1. Mai um Nürnberg schon einmal maximal 26,9 °C und Minimal -2 °C. Eine Änderung von 0,0034 °C bis zum Jahr 2050 würde auch auf dem Land bestimmt niemand, und auch die Natur nicht, fühlen können.

Der einzige Effekt wäre die Wiederkehr der früheren, katastrophalen Ernteergebnisse

Falls es doch – was extrem unwahrscheinlich ist – gelänge, die Temperatur durch CO₂-Zertifikatekosten wieder auf die „vorindustrielle Wunschtemperatur“ zu reduzieren, wäre der einzige Effekt: Die Ernteerträge würden auf das Niveau der desaströsen Missernten der letzten Kaltzeit sinken und die medial hochgehyphten Biobauern müssten reihenweise aufgeben:

EIKE: [17] *Ohne Klimawandel überlebt die Biolandwirtschaft ihre Ernteverluste nicht*

Und trotzdem hätten die Stadtbewohner noch nicht im Ansatz die Temperaturverhältnisse wie heute im Umland.

Es stellt sich somit sehr wohl die Frage, ob mit einem Bruchteil von dem vielen Geld konkrete Maßnahmen zur Reduzierung von lokalen

Überhitzungserscheinungen nicht weit mehr Wirkung und Effektivität bringen würden.

Es bleibt damit die Frage, wer mit seiner Aussage „richtiger“ liegen könnte: Herr Karsten Hilse: [1] ... *Sie vernichtet Arbeitsplätze und hilft dem Klima kein bisschen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.*

(Beifall bei der AfD – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zum Fremdschämen! – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Und im Übrigen ist die Erde eine Scheibe!)

Jeder Leser*in möge es selbst entscheiden und überlegen, was der Einwand von „Fachpersonen“ der GRÜNEN und LINKEN dazu beiträgt. Vielleicht: Es ist wirklich zum Fremdschämen (mit den Altparteien).

Man sollte „Klimabetroffene“ einmal fragen

Eine (illusorische) Vorstellung: In den Städten von NRW dürfen die Einwohner über Klimaschutzmaßnahmen abstimmen und würden dazu vorab informiert (und nicht indoktriniert).

Die Fragestellungen lauten:

Die fürsorgliche Landesregierung hat beschlossen, Klimaschutzmaßnahmen für die Stadtbevölkerung durchzuführen, nachdem erkannt wurde, wie stark sich die urbanisierten Flächen aufheizen. Die Stadtbürger dürfen dazu aus zwei Vorschlägen auswählen:

Vorschlag A:

NRW gibt 18 Milliarden EUR (Wunschbudget der GRÜNEN), das sind ca. 3.200 EUR pro Stadtbürger*in jährlich für CO₂-Zertifikate aus. Damit sollte es gelingen, die bei Sommerhitze zwischen 4 ... 10 °C erhöhte Temperatur unserer Städte jedes Jahr um ca. 0,0001 °C zu verringern. Bis zum Planjahr 2050 summieren sich diese Ausgaben auf 105.600 EUR/Stadtbürger. Diese Ausgaben erwirken eine weltweit vorbildliche Reduzierung der Globaltemperatur um insgesamt vielleicht 0,0034 °C/pa ab dem Jahr 2050, nach den veralteten Sensitivitätswerten des IPCC sollen es 0,01 °C sein.

Dieser Vorschlag wird von der NRW-Landesregierung und von allen Altparteien in Berlin präferiert, denn er setzt den Klimavertrag um. Im GroKo Koalitionsvertrag ist es in Übereinstimmung mit allen Altparteien, deshalb bereits so festgelegt.

Vorschlag B:

NRW gibt 18 Milliarden EUR (Wunschbudget der GRÜNEN), das sind ca. 3.200 EUR pro Stadtbürger*in jährlich zur direkten Unterstützung von Urbanisations- und Baumaßnahmen, auch für den Einbau kleiner Klimaanlage in sich stark aufheizenden Wohnungen und Altenheimen aus, um die Belastung durch den hohen Wärmeinseleffekt im Sommer erträglicher zu machen. Bis zum Planjahr 2050 summieren sich diese Ausgaben auf 105.600 EUR/Stadtbürger. Mit dieser Summe sollte es möglich sein, für jeden wirklich betroffenen Bürger auch in Zukunft während Hitzetagen erträgliche Umgebungsverhältnisse zu schaffen.

Jedoch: Dieser Vorschlag wird von der NRW Landesregierung und den Altparteien in Berlin nicht unterstützt, im Gegenteil, sehr kritisch betrachtet. Es ist zu erwarten, dass die EU (welche ihren geplanten, 20 %-Anteil an den Zertifikateinnahmen zum weiteren Ausbau und Über-Versorgung ihrer Beamten benötigt) und die Bezugsländer der Klima-Reparationszahlungen (diese haben in

den internationalen Gremien die Mehrheiten) dagegen klagen werden.
Begründung: Eine solche Lösung widerspricht eindeutig dem Klimavertrag.
Umweltverbände und Greenpeace haben dagegen ebenfalls vorsorglich Klage angedroht. Begründung: Wenn dies seitens Regierungen erlaubt würde, bedrohe es ihr nationales und internationales Geschäftsmodell. Kleine Altparteien haben aus ähnlichen Gründen ebenfalls mitteilen lassen, sich diesen Verbänden dann anschließen.

Die Bundesregierung hat beschieden, sich jedem Urteilsspruch widerspruchslos zu unterwerfen. Außenpolitisch sei ihr eine vorbildhafte Verlässlichkeit im Einhalten von Verträgen und Transferzusagen wichtig. Nationale Belange – auch wenn man manche der Begründungen nicht von vornherein als vollkommen unsinnig bezeichnen möchte – lassen sich dabei leider nicht berücksichtigen. Sie geht davon aus, dass ihre Untertanen dies verstehen werden. Erforderlichenfalls wird sie mit Mentoren unterstützen.

Es wäre interessant, wie in diesem „Wahlkampf“ argumentiert und welcher Vorschlag gewählt würde.

Doch, dieser Wahlkampf fand nicht mehr statt.

Die Klimaschutzmanager der Kommunen beschwerten sich in einer Petition, dass sie von Bürgern auf den Sinn ihrer Maßnahmen angesprochen würden. Es gab sogar welche, die mehr als lediglich alarmistische Pressemitteilungen des PIK zur Begründung erwarteten. Welche legten radikale EIKE-Artikel vor und verlangen einen Gegenbeleg. Dies behindert die bisher von der Öffentlichkeit immer positiv aufgenommene Arbeit [18]. Bei nicht wenigen führt es zu Ausfällen aufgrund psychischer Probleme.

Die Altparteien im Bundestag ließen über den psychologischen Dienst klären, dass es den Abgeordneten nicht zugemutet werden kann, über ihre Meinungsabgaben den Untertanen Rechenschaft abzulegen. Sie werden inzwischen mit Anfragen von Bürgern konfrontiert, welche ihre Aussagen im Bundestag nachlesen und wagen, dazu kritische Fragen zu stellen. Das hat es bisher nie gegeben und verhindert, dass in Bundestagsreden weiterhin reine Fabulierungen als Begründungen erzählt werden können. Mit diesem Prinzip ist man aber seit der Vorsitzenden, Frau Merkel, immer gut zurechtgekommen. Müsste man in Zukunft vor einer Rede über deren Inhalt nachdenken – gar Belege zitieren können -, erschwert es die Abgeordnetenarbeit weit über Gebühr.

Auch große Lenker der deutschen Industrie legten Beschwerde ein. Man habe sich inzwischen einvernehmlich arrangiert und wirklich alle Maßnahmen bedenkenlos unterstützt, sogar mit dem peinlichen Kotau eines CEO auf einem GRÜNEN Parteitag. Dafür habe die Kanzlerin der Industrie langfristige Kostenfreiheit und steigende Subventionen zugesichert. Es könne wohl nicht sein, dass diese Hörigkeit nun nutzlos gewesen sein soll.

Ausschlaggeben war zum Schluss jedoch, dass die Bundesregierung – nach bewährtem Muster am Parlament vorbei -, über Brüssel bereits die nationalen Möglichkeiten aushebelte und Fakten schuf. Denn der Europarat ist bereits an der Arbeit, ein EU-Klimagesetz auf den Weg zu bringen:

Klimaretter 01. Mai 2018 (Bericht der GRÜNEN): [*Zeit für ein europäisches Klimagesetz*](#)

... Zu den wichtigsten Forderungen des Parlaments gehören langfristige Strategien der EU und der Mitgliedsstaaten. So sollen bis spätestens 2050 die Netto-Emissionen von Treibhausgasen auf null reduziert und danach negative Netto-Emissionswerte erreicht werden ... Ein Klimagesetz würde die EU-Staaten

zu größeren Anstrengungen für den Klimaschutz und die Energiewende ermutigen und eine ehrgeizige Richtung für die gesamte Europäische Union vorgeben. Ein solches Gesetz könnte auch einige der Lücken schließen, die sich auftun zwischen den **zugesagten Beiträgen** der Staaten und dem, was aus wissenschaftlicher Sicht zur Erfüllung des Paris-Abkommens notwendig ist. Dazu brauchen wir außerdem rechtsverbindliche CO₂-Kontingente sowie Emissionsziele für einzelne Zeitabschnitte und auch ein deutlich wirksameres Kontrollsystem ...

Damit hatte sich die denkbare Wahlmöglichkeit der Bürger für den Vorschlag B erübrigt. Denn EU-Recht wird nach dem Koalitionsvertrag am Parlament vorbei immer 1:1 umgesetzt und bricht Bundes- und Landesrecht. Das Grundgesetz wurde – im Einvernehmen mit allen Altparteien – längst außer Kraft gesetzt, außer es bringt den Parlamentariern Vorteile beim Umsetzen von monetären Ansprüchen, wie automatische Diätenerhöhungen und zusätzliche Pensionsansprüche, oder für verdiente Parteimitglieder mehr Abgeordnetenmandate.

Die Abstimmung wurde bevor sie stattfand, abgesagt – Ironie Ende.

Was wird geschehen: Weiter wie bisher, aber mit zusätzlichem Tempo
Zu viele „Seelen“ und demnächst alle sich „klimageschunden“
erklärenden Staaten rund um die Welt leben bequem und gut von diesem Geldsegen und viel zu viele Reputationen sind damit verbunden. Auch wäre es dann viel schwerer, zum Beispiel im Bundestag oder auf internationalen Bühnen „Klimakompetenz“ und damit eine Lösung für praktisch alle Weltprobleme zu zeigen, wofür heute das Aussprechen des einfachen Wörtchens CO₂!, ergänzt um: muss reduziert werden, vollkommen „ausreicht“.



Svenja Schulze ist hier: Deutscher Bundestag.

25. April um 09:08 · Berlin ·

Dass so viel Kohlenstoffdioxid, also CO₂, ausgestoßen wird, ist die Hauptursache für den Klimawandel. Indem der Ausstoß von CO₂ einen Preis bekommt, könnte ein Anreiz dafür gegeben werden, den Ausstoß zu verringern oder sogar zu verhindern. Über diese Idee habe ich heute im Deutschen Bundestag gesprochen:



1.479 Aufrufe

Gefällt mir

Kommentieren

Bild 9

Weiterhin fehlt der abschließende Beweis für den AGW-Klimawandel

Nachdem Herr Karsten Hilse auch die weiterhin fehlende Beweisführung zum AGW Klimawandel ansprach, ebenfalls ein wenig Information dazu.

Herr Karsten Hilse: [1] *„Der anthropogene Klimawandel – das wissen Sie – wird nur in Computerklimamodellen nachgewiesen, die nicht einmal das Klima der Vergangenheit richtig berechnen können.“*

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Oh Mann!)

Fra Dr. Tackmann will sich wohl wirklich vor aller Öffentlichkeit abschließend als „Klimadilettant“ beweisen. Dieses „Wissen“ pfeifen inzwischen wirklich alle Spatzen von den Dächern:

[kaltesonne, 22. Juni 2017](#): *... Fakt ist aber auch, dass die heutigen Klimamodelle die Warmphasen der letzten 10.000 Jahre nicht korrekt nachvollziehen können. Steht übrigens schwarz auf weiß im letzten IPCC-Bericht.*

Wer es in vielen Grafiken sehen möchte, schaue sich den DWD Klimaatlas und darin die häufig vollkommen hilflose Zukunftsvermutungen zeichnenden Klimaprojektionen an.

Herr Karsten Hilse: [1] *... Ansonsten gibt es nichts – keinen Beweis, kein Experiment, keine Beobachtung –, was diese Behauptung belegt ... Man findet sie auch nicht in einem der bisher fünf IPCC-Berichte – nichts, nada, niente.*

Liebe Ministerin, deswegen: Hände weg von einer CO-Abgabe!

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] (Politikwissenschaften): Ein Wissenschaftsfeind sind Sie!)

Beim Nachlesen der Protokolle überrascht immer neu das im Bundestag herrschende Kasperletheater mittels Zwischenrufen. Zu diesem wieder eine Nachschau, wer ein „Wissenschaftsfeind“ sein könnte, oder wo (Halb-)Wissen vorliegt.

Das Umweltbundesamt –eine sehr klimaalarmistisch agierende Behörde -, weiß ebenfalls nichts von einem Beleg beim IPCC. Es formuliert, ganz gegen seine sonstigen Art, deshalb sehr vorsichtig:

Umweltbundesamt: [7] ... Offenbar ist es gegenwärtig aufgrund verbleibender Unsicherheiten nicht möglich, den beobachteten Anstieg der mittleren globalen Temperatur über die vergangenen Jahrzehnte mit 100%iger Sicherheit auf die Zunahme der Treibhausgase in der **Atmosphäre** zurückzuführen. Allerdings hat sich die Erkenntnis, dass der Mensch einen Teil dieses Temperaturanstiegs verursacht hat, mit der Zeit immer mehr erhärtet. Denn im 3.

Sachstandsbericht des IPCC von 2001 formulierten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den damals aktuellen Kenntnisstand noch folgendermaßen:

„Unter Berücksichtigung der verbleibenden Unsicherheiten ist der Großteil der beobachteten Erwärmung im Verlaufe der letzten 50 Jahre **wahrscheinlich** auf die steigenden Treibhausgaskonzentrationen zurückzuführen.“

„Wahrscheinlich“ bedeutet in einem IPCC-Bericht: [8] 66–100 %, und ist eine relativ schwache Aussage, da sie das Ergebnis eines Münzwurfs geringfügig überschreitet!

Beim IPCC selbst: [8] *IPCC Klimaänderungen 2014, Synthesebericht*, findet der Autor keinen physikalischen Beleg, oder ein dazu führendes Experiment. Es werden lediglich aufgrund von Korrelationen viele „Vermutungen“ für den AGW-Einfluss gelistet. Einen wichtigen Teil der als „Belege“ angeführten Korrelationen kann auch ein Laie nach aktuellem Sachstand als überholt erkennen: Es ist die Annahme, dass die die Temperatur die letzten Jahrtausende fast nicht geschwankt hätte. Dass die bisherigen Proxianalysen dahingehend – ob bewusst (wie beim Hockeystick), oder unbewusst – falsch lagen, setzt sich als Erkenntnis auch bei (vom IPCC nicht so abhängigen) Wissenschaftlern immer mehr durch [9] [4] [10].

Nicht einmal – beziehungsweise immer weniger – herrscht Klarheit über das Forcing

Ein wichtiges Thema ist dazu allerdings auch die Frage, wie hoch das CO₂-Forcing anzusetzen ist. Im Kern ist es vollkommen unwichtig, ob es einen, oder keinen Beleg, für eine AGW-Klimaerhöhung gibt. Wichtig ist alleine, welche Temperaturerhöhung er bewirkt. Und ausgerechnet diese – wichtigste – Fragestellung ist immer noch, besser: immer mehr, höchst umstritten.

Das IPCC gibt immer noch 3 K (pro CO₂-Verdopplung) als Forcingwert an. Inzwischen wird eher ein Wert von unter, bis maxima 1 ... 1,5 K angenommen [13]. Die Auswirkungen sind gravierend: Bei einem Forcingwert um 1 Kelvin entfallen plötzlich alle der simulierten CO₂-Bedrohungsszenarien.

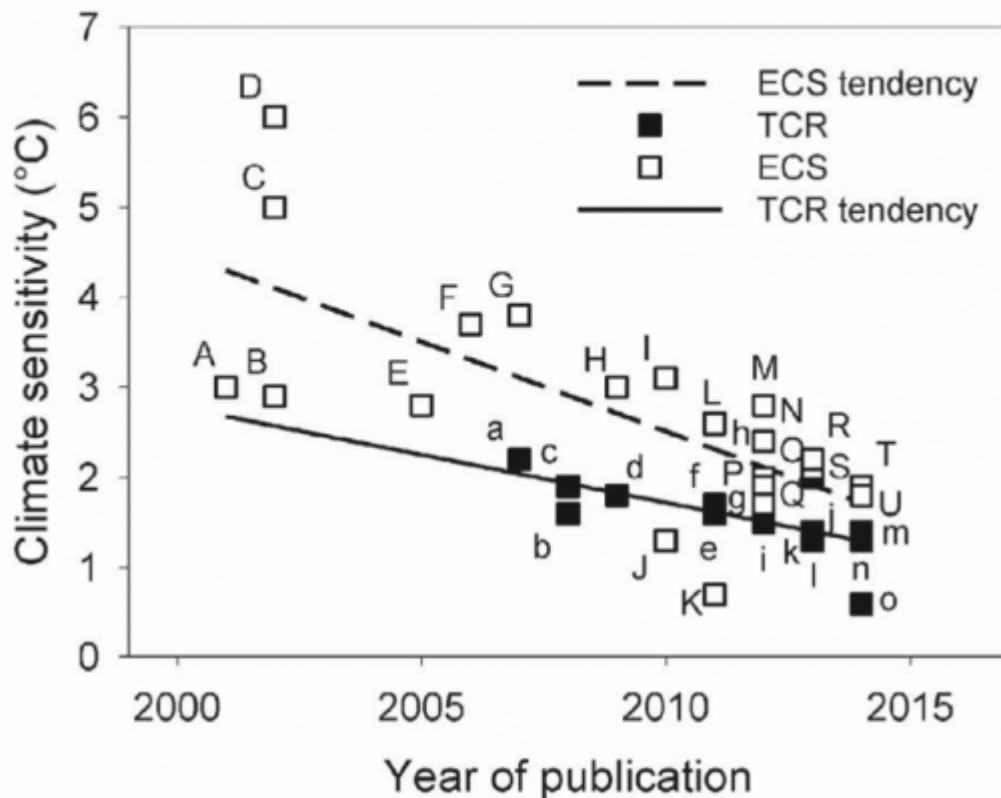


Fig. 1. Compilation of TCR and ECS climate sensitivity versus year of publication, complemented from the analyses of [Lewis \(2015\)](#) together with a linear regression of each set of data – A: [Andronova and Schlesinger, 2001](#), B: [Forest et al., 2002](#), C: [Knutti et al., 2002](#), D: [Gregory et al., 2002](#), E: [Frame et al., 2005](#), F: [Forest et al., 2006](#), G: [Tomassini et al., 2007](#), H: [Allen et al., 2009](#), I: [Lin et al., 2010](#), J: [Spencer and Braswell, 2010](#), K: [Lindzen and Choi, 2011](#), L: [Libardoni and Forest, 2011](#), M: [Olsen et al., 2012](#), N: [Schwartz, 2012](#), O: [Aldrin et al., 2012](#), P: [Ring et al., 2012](#), Q: [Rogelj et al., 2012](#), R: [Otto et al., 2013](#), S: [Lewis, 2013](#), T: [Skeie et al., 2014](#), U: [Lewis and Curry, 2014](#), a: [Stott and Forest, 2007](#), b: [Knutti and Tomassini, 2008](#), c: [Gregory and Forster, 2008](#), d: [Meinshausen et al., 2009](#), f: [Padilla et al., 2011](#), g: [Gillett et al., 2012](#), j: [Harris et al., 2013](#), m: [Skeie et al., 2014](#), n: [Lewis and Curry, 2014](#), o: [Harde \(2014\)](#).

Bild 10 [13] Abnahme der Klimasensitivität über die Zeit in der Fachliteratur (aus dem paper von F. Gervais, Anthropogenic CO₂ warming challenged by 60-year cycle, Earth-Science Reviews 155, 129-135, 2016). Die beiden Arten der Klimasensitivität TCR und ECS unterscheiden sich nur in der Betrachtung der spezifischen Zeitdauer der CO₂-Änderungseinwirkung, was hier unwesentlich ist. Man erkennt, dass der Wert für beide Typen auf unter 1 °C absinkt (was nicht bedeutet, dass er zu Null werden muss). Man muss man sich das vor Augen halten: Wenn der CO₂-Forcingwert nur die aktuell als wahrscheinlich angesehenen 1 K beträgt, sind alle! CO₂-Notmaßnahmen mit einem Schlag nicht mehr erforderlich. Alle damit verbundenen Zahlungen und Maßnahmen können sofort eingestellt werden. Natürlich führt diese Diskussion zur Verunsicherung unserer Medien: SPON 28.09.2017: *CO₂-Budget der Menschheit **Leben am Limit*** ... Wem soll man nun glauben, wenn man Ziele von Paris noch erreichen will? Die einen empfehlen 600 Gigatonnen für 1,5 Grad, die anderen 800 für 1,5 Grad, der Wert könnte jedoch auch bei 150 oder 1050 liegen!

Wenn weder das Forcing „stimmt“, noch die Klimazyklen richtig bekannt sind,

braucht sich niemand zu wundern, dass die Klimasimulationen so hoffnungslos daneben liegen.

Auch das ist denen – die es wissen wollen – bekannt.

kaltesonne 26. September 2017: [Start des neuen CESM2-Klimamodells in letzter Minute abgeblasen: Realität und Simulation wichen zu stark voneinander ab](#),
Inzwischen finden sogar echte Klimaforscher dazu harte Worte. Und sie sagen auch warum:

Die Klimaarchive der Vergangenheit sind zu ungenau (wie weiter oben bereits erwähnt) und um Klimasimulationen überhaupt kalibrieren zu können, muss man erst einmal ausreichend genaue Daten gewinnen:

AWI: [10]...*Die Leistung von Erstautorin Kira Rehfeld und ihren Kollegen besteht darin, dass sie erstmals Daten aus verschiedenen Klimaarchiven und von insgesamt 99 unterschiedlichen Orten zusammengebracht und verglichen haben ...*

... *Als zukünftige Aufgabe formulieren die AWI-Forscher: „Wir wollen die Veränderungen der kurzfristigen Schwankungen in der Vergangenheit und deren Zusammenhang mit langfristigen Klimaänderungen detailliert untersuchen. Dazu brauchen wir zuverlässige Klimaarchive und ein detaillierteres Verständnis darüber, wie diese zu interpretieren sind.“*

Es wäre nicht unvorstellbar, dass sich Bundestagsabgeordnete der Altparteien einmal für ihre „Einwürfe“ schämen, die ihre Enkel in Protokollen „für immer und ewig“ nachlesen können. Da das Niveau keinen Einfluss auf die üppigen Pensionsansprüche hat, wird es sie allerdings wohl wenig interessieren.

Wieder fragt kein Abgeordneter* der Altparteien nach dem Sinn

Was der Autor beim Lesen der Protokolle feststellen konnte: Die „Versammlung der Altparteien“ argumentiert oft wie ein Kardinalskollegium unter Vorsitz ihres „unfehlbaren“ Vordenkers. Es wird über Dies und Das gesprochen, jede Betrachtung zu theoretischen Hintergründen des „angedrohten Übels“ jedoch mit großer Sorgfalt vermieden. Schließlich will man sich ja keinesfalls Ärger einhandeln.

[11] EIKE 31. März 2018: [Weil alle voneinander abschreiben, merkt keiner mehr, wenn etwas daran falsch ist – zur Bundestagsdebatte Umwelt](#)

Und so tragen die Redebeiträge die Begründungen vor, welche man bereits im Kindergarten darüber lernt und täglich in den Medien lesen kann“:

Dr. Nina Scheer (SPD, Juristin): ... *wie mit den massiven und immer stärker werdenden Klimafolgegeschäden – Ernteaufschläge, Hochwasserschäden; man könnte eine ganze Reihe an Schäden aufzählen, die auf uns zukommen werden und die teilweise, auch bei uns, schon eingesetzt haben*

Und damit hat es sich auch schon. Um Milliarden-Beträge der Bürger in die weite Welt hinaus zu schmeissen, vielleicht doch etwas zu wenig?

Anmerkung: Die hanebüchene – aber mainstreamgerechte – „Argumentation“ von Frau Scheer wird hier nicht mehr „rezensiert“, das ist schon zu oft auf EIKE erfolgt, ganz aktuell für das „so schwer getroffene“ NRW [4].

Es ist nicht uninteressant, das gesamte Protokoll aller Redebeiträge zu überfliegen: [15] [Bundestagsprotokoll vom 25.04.2018, \(ab Seite 42\)](#)

Zusatztagesordnungspunkt 2: Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Klimaschutz umsetzen – Haltung der Bundesregierung zu einer CO2-Abgabe

Es zeigt, dass zumindest bei diesem Thema noch so etwas wie differierende Meinungen vorkommen. Nicht bei den GRÜNEN und LINKEN, auch nicht bei der FDP, welche es nicht (mehr) überwinden kann, nicht an den Regierungspfründen beteiligt zu sein und sich immer kleiner macht, um irgendwann doch noch in den „zukunftssträchtigen Hintern“ kriechen zu können:

Dr. Lukas Köhler (FDP): ... Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin, vielen lieben Dank, dass Sie uns nach diesem kleinen Ausflug in die rosarote Traumwelt der AfD wieder in die Realität zurückgeholt haben Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir die Emissionen senken wollen, ist die CO2-Bepreisung in allen Sektoren genau der richtige Weg ...

Doch bei der CDU/CSU gibt es vorsichtige Ansätze von Vernunft (welche natürlich auch in der eigenen Partei) sofort „kompensiert“ werden). Zum Schluss wird darüber wohl Frau Merkel – wenn sie die Zeit dafür für gekommen hält (eigenmächtig) entscheiden.

Quellen

- [1] EIKE 27. April 2018: [AfD MdB Karsten Hilse: Nein zur geplanten CO2 Abgabe](#)
- [2] EIKE 09.05.2016: [Die Europäische Kommission hat festgestellt, dass CO2 ein Pflanzengift ist – allerdings erst ab 5.000 ppm Konzentration](#)
- [3] G RAHMANN & U SCHUMACHER (Hrsg.) [Neues aus dem Ökologischen Landbau 2011](#)
- [4] EIKE 03.05.2018: [Klima, wir handeln! Leider weiter ohne Sinn und Verstand. Oder: Klimaschutz \(nicht nur\) in NRW gibt Rätsel auf](#)
- [5] NRW Klimaschutzplan
- [6] kaltesonne, 26. März 2017: [Wird die CO2-Verweildauer in der Atmosphäre überschätzt?](#)
- [7] Umweltbundesamt: Klima-Skeptiker
- [8] IPCC Klimaänderungen 2014, Synthesebericht
- [9] Nicholas P. McKay et al.: *An extended Arctic proxy temperature database for the past 2,000 years*
- [10] AWI 05.02.2018: [Klimaschwankungen in Vergangenheit und Zukunft](#)
- [11] EIKE 31. März 2018: [Weil alle voneinander abschreiben, merkt keiner mehr, wenn etwas daran falsch ist – zur Bundestagsdebatte Umwelt](#)
- [12] Klimawandel und Klimafolgen in Nordrhein-Westfalen Ergebnisse aus den Monitoringprogrammen 2016, LANUV-Fachbericht 74
- [13] EIKE 3. Oktober 2017: [Harald Lesch, PIK und deutsche Politik: Was nun mit dem menschengemachten CO2?](#)

- [14] Klimaretter.Info Montag, 30. April 2018: *CO₂-Preis sorgt für negative Emissionen*
- [15] *Bundestagsprotokoll vom 25.04.2018*
- [16] WIKIPEDIA: *Gemeinde (Deutschland)*
- [17] EIKE 19.09.2016: *Biobauern sind die größten Lebensmittel-Vernichter* Ohne Klimawandel überlebt die Biolandwirtschaft ihre Ernteverluste nicht
EIKE 27.07.2016: *Biobauern darben ohne Klimawandel* (und extremen Subventionen) Bei der normalen Landwirtschaft hängt es von der Veranstaltung ab
- [18] EIKE 26.03.2018: *Wer bei der nächsten Wahl ans Klima denkt und an Demonstrationen teilnimmt, bekommt CO₂-Kompensation gutgeschrieben*
- [19] NRZ 17.03.2017: Klima *Städte müssen sich auf den Klimawandel vorbereiten*